



# Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

## Interview der Reichsbanner-Zeitung mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe

*Frage: Was hat Sie veranlaßt, nach der Wende politisch tätig und Mitglied der SPD zu werden?*

Als Jurist und Kirchenmann war ich ja auch in der DDR kein unpolitischer Mensch, wenn es damals auch um ganz andere Fragen ging als jene, die sich heute stellen. Aber nach der Wende und besonders mit der Vereinigung begannen die Menschen, um ihren Arbeitsplatz zu fürchten, soziale Probleme traten in den Vordergrund, und die materielle Sicherheit wurde zu einem zentralen Thema. Ich hatte den Eindruck, daß im Zuge der Währungs- und Wirtschaftsumstellung in Ostdeutschland die drängende Not sozialer Fragen übersehen werden würde. Wer solche Sorgen ernst nimmt, darf sich nicht scheuen, direkte politische Verantwortung zu übernehmen. Und die SPD - immerhin die Partei eines so grunddemokratischen und aufrechten Mannes wie Willy Brandt - lag mir nahe. Das Postulat, mehr Demokratie zu wagen und soziale Gerechtigkeit zu schaffen, war SPD-Politik, die sich mit meinen Überzeugungen traf. Der Parteieintritt hieß aber noch nicht zwangsläufig Kandidatur zum Amt des Ministerpräsidenten. Das ergab sich erst, als man sich im Landesvorstand der Partei nicht auf eine während der Wendemonate aktivere Person einigen konnte. In dieser Situation hat man mich gefragt, und ich habe ja gesagt, weil man nicht ausweichen kann, wenn man an der Reihe ist.

*Frage: Sie waren vor der Wende für die evangelische Kirche tätig. Können Sie unsere Lesern etwas über diese Tätigkeit berichten?*

Da muß ich aufpassen, daß aus diesem Interview kein Buch wird, denn meine Lebensgeschichte ist ja eng mit der evangelischen Kirche verbunden. Immerhin war ich, seit ich mich 1959 anschickte, als Jurist in den Dienst der evangelischen Kirche zu treten, bis zu meiner Funktion als Konsistorialpräsident der Region Ost der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg über 30 Jahre mit der Wahrnehmung kirchlicher Interessen in der DDR betraut.

In diesen Jahren waren es neben vielerlei innerkirchli-

che Angelegenheiten insbesondere die Klärung strittiger Fragen zwischen der Kirche und staatlichen Institutionen, für die ich zuständig war. Darüber hinaus ging es uns in all den Jahren immer auch darum, unter den Bedingungen der Diktatur die Freiheitsrechte der Menschen zu erweitern und in zähen Gesprächen millimeterweise humanitäre Fortschritte zu erringen - für die Christen in der DDR, die ja schon durch ihr Bekenntnis zum Glauben ausgegrenzt waren, aber auch für viele andere Menschen, für die sich die Kirche in ihrer Berufung auf Gott in der Pflicht sah: Wehrpflichtige, Wehrdienstverweigerer und Häftlinge, später dann die vielen politisch aktiv werdenden Menschen, die zum Schutz der Kirche Freiräume nutzten und Veränderungen im System wollten. Da gab es immer die Notwendigkeit, in den Verhandlungen mit der anderen Seite, den staatlichen Stellen und auch der Staatssicherheit, etwas zu erreichen, den Druck rauszunehmen, die Leute wieder frei zu kriegen, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Staat zu weit vorgewagt hatten, aber auch schlicht seelsorgerische Aufgaben zu übernehmen.

*Frage: In Gesprächen mit Bürgern der neuen Bundesländer bekomme ich mehrheitlich zu hören, daß es ihnen jetzt persönlich besser geht als vor der Wende. Kein Verständnis zeigt man aber, daß sich jetzt auch in der ehemaligen DDR eine immer stärker werdende Mentalität zu hemmungslosem Gewinnstreben breit macht und die Kriminalität ansteigt. Sehen Sie das auch so?*

Tatsächlich ist es so, daß sich die Lebenssituation in Ostdeutschland umfassend verbessert hat, und viele Menschen - zumindest, diejenigen, die Arbeit haben, - schätzen ihre persönliche Lage heute besser ein als zur DDR-Zeit. Aber mit der Veränderung in nahezu allen Lebensbereichen, mit der Neudefinition von Arbeit und Leistung muß heute der Einzelne stärker als früher im Blick haben, seinen Arbeits- und Ausbildungsplatz nicht zu verlieren, sich weiterzuqualifizieren und flexibler zu werden. Das ist eine gewaltige Umstellung im Vergleich zu früher. Vielfach werden diese neuen Erfordernisse mit Konkurrenzdenken und vielleicht auch Gewinnstre-



*Hans Bonkas bei dem Interview mit Ministerpräsident Manfred Stolpe in seinem Dienstzimmer in Potsdam*

ben gleichgestellt. Aber ehrlich gesagt: Für die breite Masse gibt es in Ostdeutschland nicht viel zu gewinnen. Eher geht es - und das zu Recht - darum, zu sichern, was man sich erarbeitet und redlich verdient hat. Noch ein Wort zur Kriminalität: Die Bürgerinnen und Bürger haben eine sehr hohe Erwartung an den Rechtsstaat und seine Schutzfunktion gegenüber Kriminalität und Gewalt. Ganz abgesehen davon, daß Anreize für Eigentumsdelikte in der DDR relativ gering gewesen sind, ist über Kriminalität in den staatlich gelenkten Medien wenig berichtet worden. Das galt für ein sozialistisches System als fast ein bißchen ehrenrührig. Nach meinen Beobachtungen wurde immer erst darüber berichtet, wenn es sowieso schon jeder wußte und dann nur auf Seite 5 ganz weit unten. Die Pressefreiheit bringt es heute mit sich, daß geschrieben wird, was die Menschen interessiert, und kriminelles Handeln, Bedrohungen und Gefahren interessieren jeden. Also stehen heute solche Ereignisse ganz weit vorne. Die Delikte haben sich im Vergleich zu früheren Jahren etwa verdoppelt, im wesentlichen durch Eigentumsdelikte. Die Berichterstattung ist mindestens zehnmal so groß wie früher, also gibt es nach dem Augenschein des Einzelnen zwanzigmal mehr Kriminalität.

*Frage: Nach meiner Ansicht ist die sich immer mehr abzeichnende Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft zum Kapitalismus amerikanischer Prägung und die ausufernde Kriminalität Wasser auf die Mühlen der PDS. Wie beurteilen Sie die PDS? Gibt es in dieser Partei überhaupt nennenswerte Kräfte, die für einen demokratischen Sozialismus eintreten und die fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, oder führen sie sich nur auf wie der Wolf im Schafspelz?*

Die Stimmungslage in Ostdeutschland spiegelt ein widersprüchliches Bild: nach dem gewaltigen Um- und Aufbruch, der vor sieben Jahren in Gang gesetzt worden ist, sind wir im Osten Deutschlands heute in gewisser Weise im Alltag angekommen; und zwar im Alltag einer Umgestaltungs- und Aufbaugesellschaft. Diese Gesellschaft und folglich auch ihr Alltag hat sich - verglichen mit dem, was vor sieben Jahren war, - völlig verändert.

Aber diese Umstellung ist von den Menschen noch nicht voll verarbeitet. Die bisherigen Lebenserfahrungen sind präsent: Unfreiheit und Bevormundung haben auch die bequeme Seite der Totalfürsorge und der Vollbeschäftigung gehabt. Bei wachsenden Sorgen und Ängsten werden diese Erinnerungen zunehmend bewußt.

Nach wie vor gibt es eine hohe Zustimmung zur deutschen Einheit, bei allen Aussagen der verschiedenen Institute liegt sie immer bei 90 bis 95 Prozent - auch unter Einschluß eines großen Anteils der PDS-Wählerschaft. Und es ist auch keineswegs so, daß das allgemeine Jammern vorherrscht. Die Leute wissen, was sich für sie verbessert hat. Daneben spielen aber auch Enttäuschungen, Erschöpfung und Überforderung mit den neuen Verhältnissen eine Rolle. Aus dieser ambivalenten Stimmungslage resultiert die besondere Rolle der PDS als ostdeutsche Oppositionspartei. Im Grunde genommen profitiert sie von den noch keineswegs gelösten Problemen des deutschen Einigungsprozesses und verfolgt dabei die Strategie, Unzufriedenheit, Protest und Opposition gegenüber dem neuen System zu schüren und organisatorisch zu vernetzen. Radikalisierte Forderungen wie die nach niedrigen Mieten, der Garantie auf Arbeit, sozialer Grundsicherung, hohen Renten und umfassendem Umweltschutz helfen der PDS, ihre Zielgruppen und Wähler anzusprechen und sich so Bedeutung und Einfluß zu sichern, ohne freilich politische Verantwortung für ihre Forderungen übernehmen zu müssen.

*Frage: Ich habe aus der Geschichte gelernt und auch persönlich die bittere Erfahrung gemacht, daß es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten keine Gemeinschaften geben kann. Für die Kommunisten waren nicht die bürgerlichen Parteien, sondern die SPD der Hauptfeind. Um die SPD zu bekämpfen, hat man sich sogar zeitweise mit den Nazis verbündet. Viele meiner Kameraden, auch die vom Reichsbanner, wurden von Kommunisten in die Zuchthäuser gesteckt bzw. einfachheitshalber gleich umgebracht.*

*Können Sie sich eine von der SPD geführte Bundesregierung vorstellen, die von den Stimmen der PDS abhängig ist?*

Ganz klares Nein. Ich halte das für völlig abwegig und weiß nicht, welche Möglichkeiten es da geben sollte. In der gegenwärtigen Situation brauchen wir klare bundespolitische Verhältnisse, und die sind in einer irgendwie gearteten Koalition mit der PDS nicht zu haben. Solange die PDS mit sich selbst nicht im reinen ist und keinen klaren Schnitt mit ihrer teilweise stalinistischen Mitgliederschaft und Wählerklientel gemacht hat, sehe ich für eine Zusammenarbeit mit der PDS auf der Bundesebene überhaupt keinen Spielraum.

*Frage: Im Bundestagswahlkampf fand ich die „Rote-Socken-Kampagne“ der CDU unehrlich und heuchlerisch, denn es gab genug „schwarze Socken“, die während der SED-Herrschaft mit der SED gekungelt haben und ein schönes Leben führten. Aber auch nach der Wende hat man sich nicht geschämt, auf kommunaler Ebene mit der PDS gemeinsame Sache zu machen. Gibt*

*es in Brandenburg Kommunen und Landkreise, in denen die CDU mit der PDS Koalitionen eingegangen ist, um die SPD auszuschalten?*

Nein, formelle Verabredungen über die Zusammenarbeit vor Parteien im Verlauf einer Wahlperiode sind auf kommunaler Ebene in Brandenburg auch nicht üblich, und selbst auf der Ebene der Kreistage könnte sich die CDU eine längerfristige Zusammenarbeit mit der PDS politisch auch gar nicht leisten. Allerdings ist die punktuelle Zusammenarbeit oder die Bildung von Zählgemeinschaften zur Durchsetzung bestimmter Personalvorschläge von CDU und PDS auch für die Christdemokraten in Brandenburg kein Tabu. Immerhin sind zwei Landräte und mehrere Bürgermeister der CDU in Absprache und mit der Stimme der PDS gewählt worden.

*Frage: Welchen Beitrag leistet das Land Brandenburg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?*

In Brandenburg wie in den anderen ostdeutschen Ländern bleibt die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit die größte politische Herausforderung, denn die neuen Länder hatten keinen leichten Start in die Marktwirtschaft. Die Unternehmen mußten einschneidende Umstrukturierungen durchlaufen oder, wie im Falle der Existenzgründer, jene unsichere Zeit überstehen, die neue Wettbewerber brauchen, um sich auf dem Markt zu etablieren. Dies sind keine Vorzugsbedingungen für ein ostdeutsches Jobwunder.

Die Brandenburgische Landesregierung richtet deshalb alle Anstrengungen darauf, Arbeit zu sichern und neue Arbeit zu schaffen. Wir werden weiterhin Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren und über unsere Infrastrukturförderung auch den ländlichen Raum für Investitionen attraktiv machen. Wir setzen uns in Brandenburg seit langem dafür ein, Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit bzw. Leistungen der Sozialämter für die Finanzierung von Arbeit zu aktivieren, Mittel aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Strukturförderung im infrastrukturellen, im sozialen und kulturellen Bereich zu nutzen und die Arbeitsförderung durch wettbewerbliche Vergabe der Maßnahmen so

wirtschaftsnah wie möglich zu gestalten.

Die Beschäftigungsförderung im Land Brandenburg ist Teil eines integrierten Konzepts, das von der Landesregierung im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht wurde. Grundgedanke der brandenburgischen „Arbeitsplatzstrategie“ ist die gemeinsame Verantwortung aller Ressorts bei der Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, bei der Schaffung und Sicherung regulärer Arbeitsplätze und bei der Umsetzung einer effizienten Arbeitsförderung. Daher berücksichtigen nicht nur die für die Beschäftigungsförderung unmittelbar zuständigen Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft und Arbeit, sondern auch die anderen Ressorts im Rahmen ihrer Aufgaben vorrangig die Beschäftigungswirkung der Entscheidungen.

Darüber hinaus verbessern wir das Marketing unserer brandenburgischen Produkte und bemühen uns, gemeinsam mit den Unternehmen intelligente Vertriebsstrukturen zu schaffen, um neue, überregionale und internationale Märkte zu erschließen. Wenn wir mehr Arbeit schaffen wollen, müssen wir besser und moderner sein als andere. Wenn wir Produkte und Dienstleistungen aus Brandenburg zu einem Symbol für Qualität und Zuverlässigkeit gemacht haben, dann schaffen wir, Arbeitslosigkeit dauerhaft und wirksam zu bekämpfen.

*Frage: Sehen Sie nach dem Jahr 2000 eine erneute Chance für den Zusammenschluß der Länder Brandenburg und Berlin?*

Nach der gescheiterten Volksabstimmung über die Vereinigung von Brandenburg und Berlin haben die beiden Länder gegenwärtig kein Mandat, erneut über die Fusion zu verhandeln. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß in zehn oder fünfzehn Jahren die Menschen in der Region von sich aus darauf drängen, aus wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und strukturalpolitischen Gründen über eine Vereinigung der beiden Länder erneut zu verhandeln. Bis dahin werden die Brandenburger und die Berliner erkannt haben, daß sie mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede haben und daß man das Gemeinsame auch gemeinsam regeln sollte.

## Unser Reichsbanner in Heidelberg

Anläßlich unseres Besuches in Heidelberg hat der Bundesvorstand am Grab des ersten deutschen Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, einen Kranz niedergelegt.

Unser Kamerad Dr. Volkmar Zühlsdorff, der als Zeitzeuge Friedrich Ebert ganz besonders verbunden war, hat die nachstehende Gedenkrede am Grab gehalten:

Kameraden, liebe Freunde!

Mit Bewegung stehen wir hier vor dem Grabe von Friedrich Ebert, unserem ersten Reichspräsidenten, dieses großen Mannes aus dem Volke, dem Deutschland so viel verdankt. In einer dunklen Stunde unserer Geschichte, als nach einem unseligen Krieg Deutschland zusammengebrochen, das Staatsoberhaupt geflohen, die Re-

gierenden verzagt und ratlos waren, als Not und Chaos dem Volke drohten, da hat er unser Land gerettet. Pflichtbewußt und entschlossen nahm er den Ruf an die Spitze des Deutschen Reiches an - die ungeheuer schwere Aufgabe des Weges zum Frieden, der Rückführung des geschlagenen Heeres, der Schaffung einer neuen Ordnung aus Anarchie und Aufruhr. Er, selber aufgewachsen in Bedrückung und Not, hat als Präsident des ganzen Volkes mit fester Hand die Führung gegeben für die Bewältigung dieser Aufgaben in wenigen Monaten und für eine neue demokratische Ordnung des gleichen Rechts für alle, der Freiheit, des Friedens und der Versöhnung, mit einer Hingabe, Gerechtigkeit und Würde, die für uns alle Vorbild ist, gemäß dem Wort auf seinem Grabmal: „Das Wohl des Volkes ist mein Arbeitsziel“.

Kameraden! Wir vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold grüßen Friedrich Ebert und verneigen uns vor ihm in Verehrung und tiefer Dankbarkeit!

Kamerad Volker Zühlsdorff hat mit seiner Gedenkrede uns allen aus dem Herzen gesprochen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird das Andenken Friedrich Eberts immer noch halten. Wir werden niemals vergessen, was Friedrich Ebert für unser Land getan hat und wieviel Undank er erfahren mußte. Der ehemalige Bundespräsident, Theodor Heuß, hat anlässlich einer Gedenkrede zutreffend gesagt: „Der amerikanische Präsident Abraham Lincoln wurde von Kugeln gemordet, Ebert mit Worten gemartert. Ich weiß nicht, was das schlimmere Schicksal war. Die Amerikaner, die auch zu hassen und zu schmähen wußten, haben zu danken gelernt.“

Ob wir Deutschen auch?

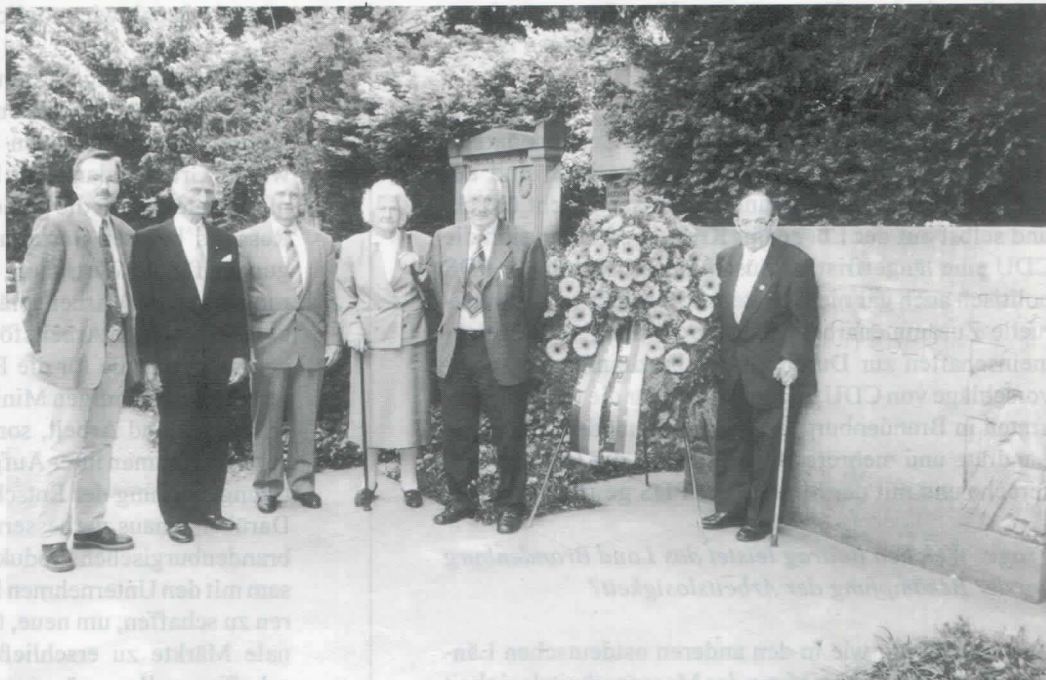
*Hans Bonkas*

**Anlässlich unseres Besuches der Stiftung Reichspräsident - Friedrich - Ebert - Gedenkstätte hat der Heidelberger Bürgermeister, Dr. Jürgen Beß, nachstehende Rede gehalten:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute vor 70 Jahren kamen Mitglieder des republikanischen Kampfbundes Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu einem Treffen in Heidelberg zusammen. Hier in der Geburtsstadt des ersten demokratischen Präsidenten unserer Geschichte legten sie ein nachhaltiges Bekenntnis zur Demokratie ab. Führende Repräsentanten der Weimarer Republik hielten daher am 4. und 5. Juni 1927 beeindruckende Reden. Am Geburtshaus von Friedrich Ebert wurde eine Gedenkplatte angebracht, sein Grab auf dem hiesigen Bergfriedhof aufgesucht.

Daran wollen wir heute erinnern. Ich darf Sie für die Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte recht herzlich begrüßen und für Ihre Teilnahme danken. Mein Gruß und Dank gilt der ehemaligen Landesministerin Frau Brigitte Unger-Soyka, die sich dankenswerterweise bereit erklärt hat, für den Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ ein Grußwort zu sprechen. Ich begrüße Sie, Frau Unger-Soyka, auch in Ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende der SPD von Baden-Württemberg, wurde doch das überparteiliche Reichsbanner mehrheitlich von Mitgliedern der Sozialdemokratie getragen.

Mein Gruß gilt vor allem den heute in unserer Gedenkstätte gekommenen Mitgliedern des Bundesvorstands des Reichsbanners. Ich begrüße den Bundesvorsitzenden



von links nach rechts: Berd Braun, Dr. Zühlsdorff, Bodo Käppel, Prinzessin Helga zu Löwenstein, Hans Bonkas und Alfred Körner

Alfred Körner, den Ehrenvorsitzenden Dr. Volkmar Zühlsdorff und Sie, sehr geehrte Frau von Löwenstein. Ihr verstorbener Mann, Prinz Hubertus zu Löwenstein, war ja zeitweilig Vorsitzender des Reichsbanners gewesen und fühlte sich in besonderer Weise mit Friedrich Ebert verbunden. Dies wird auch dokumentiert in einer Rede, die Prinz Hubertus zu Löwenstein im Rahmen einer von Emigranten veranstalteten Gedenkfeier zu Ehren Friedrich Eberts im März 1945 in New York gehalten hat. Die Beiträge dieser Gedenkfeier liegen in einer von unserer Stiftung veröffentlichten kleinen Schrift vor.

Erfreut habe ich auch zur Kenntnis genommen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in seinen Publikationen immer wieder auf die bedeutende Rolle, die Friedrich Ebert in der deutschen Demokratiegeschichte gespielt hat, hinweist. Es gehört zu den Aufgaben der Bundesstiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, das Andenken an diesen Mann zu wahren und die Geschichte seiner Zeit einem breiten Publikum zu vermitteln. Das bedeutet für mich auch, die demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte zu würdigen und mittels historischer Reflexion die heutige Demokratie zu stärken.

So hat unsere Stiftung neben ihren vielfältigen Aktivitäten bei Ausstellungen, Forschungen und Editionen in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um in Form von Zeitzeugengesprächen, Gedenkveranstaltungen, Seminaren und Projektarbeiten mit jungen Menschen die Geschichte der Weimarer Republik, ihrer Chancen, ihrer Vorzüge, ihrer Leistungen, aber auch ihres Untergangs zu bearbeiten.





**Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.**

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen  
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde